

STÄDTE- UND GEMEINDEBUND SACHSEN-ANHALT



SGSA, Postfach 4009, 39015 Magdeburg

Per E-Mail an die

1. hauptamtlich geführten Städte und Gemeinden
2. Verbandsgemeinden
3. kreisfreien Städte

im Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt

Städte- und Gemeindebund
Sachsen-Anhalt (SGSA)
- Landesgeschäftsstelle -
Sternstraße 3, 39104 Magdeburg

Telefon: 0391 5924-300
Telefax: 0391 5924-444

E-Mail: post@sgsa.info
Internet: www.kommunales-sachsen-anhalt.de

Stadtparkasse Magdeburg
IBAN: DE56 8105 3272 0036 0029 00
BIC/SWIFT: NOLADE21MDG

Auskunft erteilt: Frau Pankrath
Durchwahl: 0391 5924-372

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen
pa-ck

Datum
07.12.2020

Difu-Kurzstudie „Bestand und Zustand des gemeindlichen Straßennetzes in Sachsen-Anhalt: Mittel- und langfristige Investitionsbedarfe

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt hat heute gemeinsam mit dem Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) im Rahmen einer virtuellen Pressekonferenz eine aktuelle Studie zum gemeindlichen Straßennetz in Sachsen-Anhalt der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Studie nebst heutiger Pressemitteilung lassen wir Ihnen als **Anlagen** zukommen.

Das Präsidium des SGSA hatte 2019 die Beauftragung des Difu zur Ermittlung des Investitionsbedarfs in die kommunalen Straßen und Brücken Sachsens-Anhalts beschlossen. Auf Basis einer sich anschließenden, in den Sommermonaten 2020 durchgeführten Befragung bei den Städten und Gemeinden hat das Difu zwischenzeitlich die beauftragte Studie erstellt, deren Ergebnisse dem Präsidium in seiner Sitzung am heutigen Tag vorgestellt wurden.

Der SGSA verbindet mit der Studie folgende Zielstellungen:

1. die flächen- bzw. längenmäßige Erfassung des kommunalen Straßen- und Wegenetzes einschließlich der Brückenbauwerke,
2. den Ausweis des Investitions- und Unterhaltungszustands sowie der Investitionsbedarfe am kommunalen Straßen- und Wegenetz und an Brücken,
3. die Schaffung einer verlässlichen Datenbasis für die Diskussion um eine angemessene Konnexitäts- bzw. Refinanzierungsregelung zu den abgeschafften Straßenausbaubeiträgen sowie



4. die Schaffung einer verlässlichen Datenbasis für die Argumentation bei der Einbindung notwendiger Investitionsbedarfe bzw. Unterhaltungsaufwendungen bei der anstehenden Novellierung des Finanzausgleichsgesetzes.

Die wichtigsten Ergebnisse hat das Difu in einer Präsentation zur Veröffentlichung der Studie wie folgt zusammengefasst:

- Das gemeindliche Straßennetz umfasst rund 17.700 km (ohne land- und forstwirtschaftliche Wege).
- Mehr als ein Drittel der Straßen der befragten Kommunen sind in einem „schlechten“ bis „sehr schlechten“ Zustand.
- Gemäß Hochrechnung besteht in Städten und Gemeinden bis 2025
 - ein Investitionsbedarf in Höhe von rund 3,68 Mrd. Euro sowie
 - ein Instandhaltungsbedarf in Höhe von 505 Mio. Euro.
- Durchschnittliche Investitionen und Ausgaben für Instandhaltung der letzten Jahre reichen nicht, um diese Bedarfe mittelfristig abzubauen.
- Mehr als die Hälfte der Straßenbrücken in den antwortenden Kommunen befindet sich in nicht-befriedigendem Zustand.

Deutlich wird anhand der Ergebnisse, dass die in der aktuellen politischen Diskussion zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge vorgesehene Ausgleichssumme von zuletzt 15 Mio. Euro deutlich unter den für den Erhalt der Straßeninfrastruktur tatsächlich benötigten Mitteln liegt. Zu befürchten ist eine deutliche Zunahme des bereits bestehenden Investitionsstaus in diesem Bereich.

Mit freundlichen Grüßen



Jürgen Leindecker
Landesgeschäftsführer

Anlagen